Nr. 485 / B 240 Abend-Ausgabe

Vossische Zeitung

Berlin

Mittwoch, 13. Oktober 1926 V

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3696. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 650.

Poincarés neue Elsaßpolitik

Einlenken der Pariser Regierung?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

Ist **Paris**, 13. Oktober

Poincaré, der gestern abend Straßburg verlassen hat und heute mehrere Städte des Oberelsaß besuchte, wird morgen nach einem kurzen Aufenthalt in Mülhausen nach Paris zurückkehren. In hiesigen unterrichteten Kreisen mißt man seiner Reise trotz ihres inoffiziellen Charakters große Bedeutung bei.

Genau wie seinerzeit in Deutschland, gibt es heute in Frankreich eine elsaß-lothringische Frage, die gerade in den letzten Monaten sehr akute Formen angenommen hat. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern, deren intoleranter, jedem Einfühlungsvermögen in die Psyche der fremdständigen Bevölkerung bare Assimilationspolitik und deren erfolglose Versuche, die deutsche Sprache zu ersticken, die ungewöhnliche Protestbewegung ausgelöst hat, die das unglückliche Grenzland aufs neue im Innersten aufwühlten, scheint Poincarés Politik zu einem friedlichen Ausgleich der Gegensätze abzuzielen und nach einem Kompromiß zu suchen, das im Rahmen der jeden Partikularismus ausschließenden zentralistischen Organisation Frankreichs der Eigenart und den Sonderwünschen der Elsaß-Lothringer Bevölkerung nach Möglichkeit Rechnung tragen soll.

Die Poincaré die Absicht zugeschrieben wird, die elsaß-lothringische Frage in allernächster Zeit erneut vor das Parlament zu bringen und einer unbefriedigten Lösung zuzuführen, scheint seine Reise durch die „reannektierten" Gebiete in erster Linie informatorischen Zwecken zu dienen.

Die heute morgen von einem Pariser Blatt Poincaré in den Mund gelegte Erklärung, die französische Regierung denke nicht daran, das Saargebiet vor dem im Versailler Vertrag festgesetzten Termin an Deutschland zurückzugeben, dürfte nach unseren Informationen den Tatsachen nicht entsprechen.

Poincaré soll sich vielmehr bei dem Empfang der Delegationen, die gewisse Besürchtungen hinsichtlich der Rückwirkungen des Ausscheidens der Saar aus dem französischen Wirtschaftsgebiet auf Industrie und Handel in Elsaß-Lothringen zum Ausdruck gebracht haben, auf die Versicherung beschränkt haben, daß die französische Regierung bei einer eventuellen Rückgabe des Saargebietes die berechtigten Interessen Elsaß-Lothringens auch auf wirtschaftlichem und zollpolitischem Gebiet in vollem Umfange zu wahren wissen werde.

Sturz Primo de Riveras?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **Hendaye** (Spanische Grenze), 13. Oktober

Quinones de Léon, der spanische Botschafter in Paris, war nach Madrid zur Instruktionseinholung berufen und bekämpfte, wie verlautet, in einer Unterredung mit dem König Primo de Riveras Vorhaben in der Tangerfrage, da eine Verstimmung anderer Mächte zu befürchten sei. Der König suspendierte daraufhin einen für Montag einberufenen Kronrat.

Die Lage ist absolut ungeklärt, doch hält sich das Gerücht aufrecht, daß der König erwäge, bei einem Bruch mit Primo de Rivera den Chef des königlichen Kabinetts, General Berenguer zum Nachfolger Primo de Riveras zu ernennen. Berenguer ist ein bekannter Gegner Primo de Riveras.

Demission des Belgrader Kabinetts

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **Belgrad**, 13. Oktober

Ministerpräsident Usanowitsch hat heute dem König die Gesamtdemission des Kabinetts angeboten. Die Demission wurde angenommen. Das neue Kabinett wird wohl wieder Usanowitsch zusammenstellen.

Der Ausbruch der Krise ist auf den Konflikt mit der kroatischen Bauernpartei zurückzuführen, der durch das Verhalten von Stepan Raditsch bei dem Empfange tschechischer Parlamentarier in Agram entstanden war. Raditsch hatte die Begrüßungsrede der Agramer Präfekten durch Zwischenrufe unterbrochen, in denen er zum Ausdruck brachte, daß auf kroatischem Boden allein die kroatische Bevölkerung das Recht habe, Gäste zu bewillkommnen.

Romsey, Thoiry und Wien

Von der „Marotte" zur „Bewegung"

* **London**, 11. Oktober

Am 3. April 1925 leitete ich eine Reihe von neun wirtschaftspolitischen Aufsätzen über englische Industrieprobleme, die teils im politischen, teils im Handelsteil der „Vossischen Zeitung" erschienen sind, mit folgenden Ausführungen ein:

„In den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und England besserr sich neuerdings manches. Vor allem, seit eine zielbewußte deutsche Friedenspolitik parallel geht mit dem Grundsatz der englisch-amerikanischen Außenpolitik, Europa im Interesse einer dauerhaften Erholung der Weltwirtschaft durch politische Abkommen zu befrieden. Aus dem Reiche des Wirtschaftlichen droht dieser Entspannung in den gegenseitigen Gefühlen der beiden Völker eine ernste Gefahr, die nur gebannt werden kann, wenn sie erkannt und ebenso entschlossen angepackt wird, wie man jetzt anscheinend dem viel älteren deutsch-französischen Gegensatz zu Leibe geht."

Im Verlauf der Artikelreihe konnte ich Aeußerungen einflußreicher englischer Industrieller und Gewerkschaftsführer beibringen, die unter Angabe konkreter Verhandlungsziele ihre Bereitschaft zu einer deutsch-englischen Aussprache bekundeten. Am 9. Juni 1926 wurde dann als Abschluß einer Studienreise durch die englischen Kohlenreviere in der „Vossischen Zeitung" ausgeführt:

„Deutschland hat vor einem Jahre auf dem Gebiete der politischen Friedenssicherung durch sein Sicherheitsmemorandum einen kühnen Schritt unternommen, der ihm in allen Demokraten der Welt wertvollste Sympathien eingetragen und es der deutschen Politik ermöglicht hat, einen großen politischen Fragenkomplex in eine Atmosphäre friedlicher, auf gegenseitigem Vertrauen beruhender Entwicklung überzuleiten. Deutsche Wirtschaftsführer könnten in dieser Stunde, in der England bereit ist, diejenigen praktischen Konzessionen zu machen, die eine deutsch-englische Kohlenverständigung, an der Frankreich und Belgien wahrscheinlich beteiligt werden müßten, zu ermöglichen, dem politischen Locarno ein wirtschaftliches Locarno an die Seite stellen. Der moralische Widerhall würde — von wirtschaftlichen Vorteilen, die auch Deutschland aus einer planmäßigen gleichzeitigen internationalen Rationalisierung des Kohlenbergbaus erwarten dürfte, ganz zu schweigen — nicht weniger groß sein als der Erfolg des Sicherheitsmemorandums."

Als der Reichsaußenminister Dr. Stresemann, wie ihm der „Observer" gestern ausdrücklich attestierte, bereits während seines Aufenthaltes in London im Dezember vorigen Jahres durch einleitende Schritte einer deutsch-englischen Industrieverständigung die Wege ebnete, weil er erkannte, daß die Befriedigung des französischen Sicherungsbedürfnisses auf politischem Gebiet eine Ergänzung erfahren müßte in wirtschaftlichen Abmachungen zwischen Deutschland und England, die geeignet sein würden, das englische Hirngespinst eines von Deutschland einzuleitenden „Konkurrenzkampfes bis aufs Messer" auszuräumen, gab es noch deutsche Zunftdiplomaten, die über die wirtschaftspolitische Verständigungspolitik der „Vossischen Zeitung" gegenüber England das Urteil fällten, „es sei eine ebenso hirnverbrannte Marotte dieses Blattes wie die deutsch-französische Verständigungspolitik und das Eintreten für die pan-europäischen Phantasien des Halbasiaten Coudenhove-Kalergi." Nachdem das amtliche Kommuniqué, das von nüchternen deutschen und englischen Wirtschaftsführern über die Zusammenkunft in Romsey aufgesetzt wurde, konstatiert, daß ein wirksamer Schritt nach vorwärts gemacht worden sei, um ein gegenseitiges Verständnis in Handel und Industrie Europas herbeizuführen, darf man als Mitangeklagter des schweren Deliktes der „Marottenerfindung" seinen diplomatisierenden Staatsanwälten die Frage vorlegen, warum es anscheinend zum Handwerkszeug ihres Berufes gehört, gegenüber der Verbreitung klarer Ideen gewohnheitsmäßig falsch zu liegen?

Wir haben nicht umsonst Romsey, Thoiry und Wien in unserer Ueberschrift zusammengefaßt und in eine Parallele gestellt. Sie gehören zusammen, und der Weg zu ihnen ist, von kleineren Abweichungen abgesehen, der gleiche schwere Leidensweg gewesen, den seit den ältesten Zeiten jene Politiker haben gehen müssen, die sich von der Erkenntnis leiten ließen, daß das Wohl der Völker nicht im seelenlosen und ideenlosen Kuhhandel kleiner diplomatischer Talente, nicht im kleinlichen Uebervorteilen eines Volkes, das sich zufällig in politischer Bedrängnis befindet, durch andere Völker, sondern in der Verwirklichung von Ideen besteht, die durch ihren objektiven Inhalt und durch die Achtung des Lebensrechtes aller Völker, jeder Nation, die sich in den Dienst dieses Gedankeninhalts stellt, gleichmäßig zugute kommen. Wir haben in unserer Berichterstattung über die Tagung von Romsey im Gegensatz zu jenen deutschen Organen der öffentlichen Meinung, die jede Verständigung mit den „Feinden von gestern" noch vor kurzem als Landesverrat gebrandmarkt haben und heute um so kritikloser und vorbehaltloser das Wochenende bei Mrs. Ashley besudelten, den ernsten Schwierigkeiten einer deutsch-englischen Verständigung im Einverständnis mit allen Teilnehmern an

Homburg

Vom Turm des altehrwürdigen deutschen Kaiserdoms in Frankfurt, in dem einst das gewählte Oberhaupt des Reichs die Salbung für sein Amt erhielt und von dessen Rampe heute wie vor siebzig Jahren — nur siebzig Jahren — die schwarzrotgoldene deutsche Einheitsfahne wieder weht, sieht man an lichten Tagen nach Norden über Eschersheim hinaus „vor der Höhe" das Städtchen Homburg liegen. Und in dessen Mitte erheben sich Mauern und Erker des alten Schlosses der Landgrafen von Hessen-Homburg. Alls in dem Unglücksjahr, das die deutsche Einheit zerriß, vom Turm des Frankfurter Doms die deutsche Fahne verschwand, um dem Hohenzollernbanner Platz zu machen, ging auch auf dem Homburger Schloß das schwarzweiße Fahnentuch hoch.

Der dritte Hohenzollern-Schloßherr liebte es, dort Hof zu halten. Trotz — oder vielleicht gerade wegen — der Nähe der einstmals freien deutschen Städterepublik Frankfurt, die er lange mied. Denn sogar die Kaisertradition der alten Stadt war ihm nicht sympathisch. Wahl und Krönung des Reichsoberhauptes durch Vertreter des deutschen Volks — machten diese Vertreter auch Fürsten und das Volk auf ihre Wahl noch so wenig Einfluß haben — konnten dem Hohenzollern von Gottes Gnaden unmöglich zusagen. Die rekonstruierte römische Saalburg mit der Vision des Cäsarentums lag seinem Herzen näher, als der Römer im Herzen der deutschen Stadt.

An all das und vieles andere muß man denken, wenn man liest, daß der preußische Staat in dem Vertrag, der der Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Land und der ehemals regierenden Familie einen Paragraphen eingefügt hat, der diesen ehemaligen Monarchen und seiner zweiten Frau das Schloß Homburg „auf Wunsch" zum Aufenthalt überläßt. Und man fragt sich, wenn dieser Vergleich in dieser Form schon wirklich nötig war, wieso enthält dieser Vermögensvertrag eine politische Bestimmung, während man doch jede politische Bindung sonst ängstlich vermieden, auch die im Reichs-Fürstengesetz vorgesehene Kontrolle über die aus dem überlassenen Vermögen fließenden Einnahmen.

Der § 7 des Preußenvertrages aber enthält eine politische Bestimmung, die nicht das Land Preußen allein angeht, sondern das Deutsche Reich. Als dessen Kaiser der derzeitige Chef der Hohenzollernfamilie sich immer noch fühlt. Noch immer setzt er hinter seinen Namen die Buchstaben „I. R.", nicht nur, wenn er huldvolle Schreiben an Kriegervereine richtet, nein, sogar in Privatbriefen. In Privatbriefen auch an Ausländer. Das „R." ist preußische Angelegenheit, das „I." aber deutsche. Und dieses heut noch angemaßte „I." gibt uns das Recht, die preußische Regierung zu fragen, woher sie die Vollmacht nimmt, einem Mann innerhalb des Deutschen Reiches Wohnrecht und Wohnsitz einzuräumen, der sich in Nichtachtung der im Deutschen Reich zu Recht bestehenden Verfassung und seiner eigenen bei der Abdankung gegebenen Unterschrift als deutscher Kaiser bezeichnet. Sich nicht nur so bezeichnet — auch der spanische König nennt sich König von Jerusalem —, sondern in öffentlichen Kundgebungen, auch in allerletzter Zeit, erklärt, daß Deutschland erst dann wieder hochkommen werde, wenn es sich seinen Kaiser wiedergeholt habe. Daß andere abgedankte Souveräne ungestört in Deutschland wohnen, spricht gegen, nicht für Wilhelm II. Nie war individuelle Behandlung angebrachter.

Man sagt uns, die preußische Regierung sei überzeugt, dieser Paragraph habe nur theoretischen Wert. Uns gefällt schon die Theorie nicht. Noch weniger die Zuversicht, daß diese Theorie stimmt. Das Republikschutzgesetz, auf das man diese Theorie gründet, ist ein Ausnahmegesetz, das nicht um des Erkaisers willen gemacht wurde. Es wird einmal, wenn die Dinge, die es nötig gemacht haben, nicht mehr so offenbar, unsichwer mit Hilfe „realpolitischer" Parteien wieder außer Kraft gesetzt werden können. Was dann? Wer hindert dann Wilhelm II., sich an den Wortlaut des Vertrags zu halten?

Nein, dieser Vertrag, den jetzt eine allzu großherzige Republik mit ihrem abgesetzten Souverän schließt, verlangt eine Ergänzung durch ein Reichsgesetz, um Sicherheit zu schaffen, daß der innere Friede und die politische Zukunft des deutschen Volkes nie dem Ehrgeiz oder auch nur der Taktlosigkeit des ehemaligen Kaisers ausgesetzt werden. Die Reichsregierung hat ihre Aufgabe, an die sie nicht erst der Reichstag mahnen sollte.

0151